



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2013/12187**  
Datum: 06.11.2013  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220  
Verfasser: Herr Denis Häder  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.11.2013	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Gestaltung von Schulhöfen**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich jegliches in Abstimmung mit der betreffenden Schule erfolgendes Engagement Dritter – insbesondere der Eltern oder der Schulfördervereine – zur Verbesserung der (baulichen) Situation der Schule und des Schulgeländes.
2. Bauliche Maßnahmen durch Dritte, die mit Einverständnis der Schule erfolgen sollen, sind seitens der Stadt als Schulträger zu gestatten, soweit sie den einschlägigen Vorschriften und den jeweiligen technischen Normen entsprechen. Dabei ist die Genehmigung der Stadt insbesondere nicht davon abhängig zu machen, dass eine Haftungsfreistellung der Stadt hinsichtlich der Verkehrssicherungspflichten oder eine Zusage zur Übernahme der künftigen Unterhaltungskosten erfolgen müsste.

gez. Denis Häder  
Stadtrat MitBÜRGER für Halle

### Begründung:

Auch wenn die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage zu bestehenden Angeboten der aktiven Pausen- und Freizeitgestaltung auf Schulhöfen (V/2013/12007) noch nicht vorliegt, zeigen bereits eingegangene persönliche Reaktionen von Schulen, wie sie selbst einschätzen, dass zum Teil unzureichende Angebote für die aktive Pausen- und Freizeitgestaltung auf Schulhöfen und dem Schulfreigelände bestehen und sie sehr wohl Handlungsbedarf sehen. Von einigen der Schulen wurde auch Eigeninitiative ergriffen und Entwürfe für eine Umgestaltung entwickelt. Die konkrete Umsetzung wurde soweit vorbereitet (einschließlich der Finanzierung), dass es nur noch der Zustimmung der Stadtverwaltung als Schulträger bedurfte. Diese blieb aber bisher aus, weil die Stadtverwaltung die Haftungspflicht nicht übernehmen könne. Auf diese Weise wurden mehrfach bestehende Eigeninitiativen der Schulen verhindert. Wenn Bürger- und Schulengagement vorliegen, sollen diese künftig gefördert statt gebremst werden.